

FINANZBERICHT DES SCHATZMEISTERS

Bundesparteitag Berlin
8. bis 10. Dezember 2023

INHALT

1.

Seite 3–7
**Konsolidierung
und Modernisierung
in Krisenzeiten**

2.

Seite 8–10
**Gemeinsames Handeln
für den gemeinsamen
Erfolg**

3.

Seite 11–21
Anhang

1. Konsolidierung und Modernisierung in Krisenzeiten

Liebe Genossinnen und Genossen,

bevor ich zurückblicke, möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus herzlich bedanken, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister auch in den letzten zwei Jahren wieder so großartig unterstützt haben. Ebenso danke ich der Schatzmeister*innen- und Kassierer*innen-Konferenz und der Finanzkommission sowie den Mitgliedern der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, kollegiale, vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Vor allem gilt mein Dank den ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre so unschätzbar wichtige Arbeit vor Ort.

Finanzielle und organisationspolitische Herausforderungen

Als ich vor fast zehn Jahren erstmals zum Schatzmeister der SPD gewählt wurde, hätte ich mir nicht vorstellen können, dass sich die Rahmenbedingungen für die finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD innerhalb kürzester Zeit immer wieder von Neuem so schnell und dynamisch verändern werden, wie dies zurzeit der Fall ist.

Die Corona-Pandemie, der imperialistische Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine, ein nie da gewesenes Energiepreisniveau, Inflation, extreme Preiserhöhungen gerade bei Produkten und Dienstleistungen, derer eine politische Partei nun einmal bedarf, und nicht zuletzt ein immer weiter steigendes Investitionsvolumen in den Bereichen Digitalisierung und insbesondere auch IT-Sicherheit – all diese Stichworte verweisen auf einen klaren Trend:

Demokratische Parteien brauchen heute mehr finanzielle Ressourcen als je zuvor, um ihrem verfassungsgemäßen Auftrag gerade auch gegenüber den neuen und alten Feinden der Demokratie gerecht werden zu können, und das nicht nur seit den vergangenen zwei Jahren.



*Dietmar Nietan MdB,
Schatzmeister der SPD*

So stehen wir heute – obwohl wir seit 2018 die strukturellen Finanzprobleme des Parteivorstandes durch einen konsequenten Konsolidierungskurs deutlich verringert haben – immer wieder vor neuen riesigen finanziellen und organisationspolitischen Herausforderungen.

Den Neuaufstellungsprozess fortsetzen

Immer wieder habe ich nicht nur im Parteivorstand darauf hingewiesen, dass wir uns nicht länger den Apparat einer 40-Prozent-Partei mit den Einnahmen einer 20-Prozent-Partei leisten können. Mit dem Konsolidierungserfolg stellte sich 2021 auch der politische Erfolg ein. Nach dem Wahlsieg bei der Bundestagswahl 2021 sind wir eine 26-Prozent-Partei – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Auch wenn uns der Wind gerade ordentlich ins Gesicht weht, sollten wir nicht vergessen, dass die letzten Jahre gezeigt haben, was wir politisch erreichen können. Dies sollten alle Verantwortlichen als Ansporn verstanden wissen, den eingeschlagenen Reformkurs konsequent weiterzuerfolgen. Nur so werden wir es am Ende auch schaffen, die Finanzkraft der SPD wieder langfristig zu sichern.

Als Hausleitung zogen der Generalsekretär und die Bundesgeschäftsführerin dafür gemeinsam mit mir an einem Strang, um den eingeschlagenen Konsolidierungskurs des Parteivorstandes weiter fortzusetzen. Dazu gehört der disziplinierte und effiziente Einsatz der begrenzten Ressourcen genauso wie die Konzentration und die Orientierung der Personalkostenentwicklung an der Einnahmeentwicklung.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur staatlichen Parteienfinanzierung muss durch eine verfassungsgemäße Anhebung der absoluten Obergrenze umgesetzt werden

Die 2018 von der GroKo beschlossene Erhöhung der absoluten Obergrenze bei der staatlichen Parteienfinanzierung war notwendig, um den einschneidenden Veränderungen bei der Digitalisierung finanziell Rechnung zu tragen. Aber am 23. Januar 2023 hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil klargestellt: Die Erhöhung war zwar der Sache nach gerechtfertigt, aber sie war unzureichend hergeleitet und begründet worden. Aus diesem Grund erklärte das Verfassungsgericht die Erhöhung für nichtig.

Die Folge waren Rückzahlungsverpflichtungen für alle betroffenen Parteien in Millionenhöhe. Selbstverständlich haben wir in der SPD trotz alledem so gut gewirtschaftet, dass wir mögliche Rückforderungen auch zahlen könnten. Aber um dies ermöglichen zu können, haben wir – eigentlich dringend notwendige – Investitionen in den letzten sechs Jahren zurückgestellt.

Um es klar zu sagen: Wenn es nicht zu einer angemessenen Erhöhung der absoluten Obergrenze kommen sollte, wären wir als SPD – trotz aller Konsolidierungserfolge – bald an dem Punkt, an dem sehr weitgehende Einschnitte vorgenommen werden müssten, welche die politische Handlungsfähigkeit der Partei deutlich einschränken und auf lange Sicht letztlich auch gefährden würden.

Ich bin deshalb sehr froh, dass sich die fünf demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag letztlich zusammengefunden haben, um nicht nur viele Punkte aus dem Ampel-Koalitionsvertrag umzusetzen und für

mehr Transparenz zu sorgen, sondern auch die absolute Obergrenze angemessen anzuheben. Grundlage dafür ist eine breite gesicherte Datenbasis für die finanziellen Mehraufwendungen der Parteien für Digitalisierung und höhere Partizipationserfordernisse. Dass dies am Ende gelingen konnte, haben die Fraktionen in besonderer Weise der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit der Schatzmeister*innen von SPD, CDU, CSU, Grünen, FDP und Die Linke zu verdanken, die ich seit der Bundestagswahl koordiniere.

Es zeugt von großem Vertrauen und Ernsthaftigkeit, wenn sich sechs Parteien die sensiblen Zahlen z. B. ihrer IT-Investitionen gegenseitig offenlegen und gemeinsam an einer transparenten, auf diesen Zahlen basierenden Herleitung einer möglichen Erhöhung der absoluten Obergrenze gemäß den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts arbeiten.

Die 2. und 3. Lesung des neuen Parteiengesetzes waren bis zum Redaktionsschluss dieses Finanzberichtes noch nicht erfolgt. Auch wenn es am Ende zur notwendigen Erhöhung der absoluten Obergrenze kommen sollte, muss allen Verantwortlichen in der SPD klar sein, dass der Neuaufstellungs- und Konsolidierungsprozess weitergehen muss, weil jetzt Lohn- und Kostensteigerungen sowie unumgängliche bisher zurückgehaltene Investitionen finanziert werden müssen.

Unsere Mitglieder und Mandatsträger*innen bilden weiterhin unser finanzielles Fundament

Die Einnahmen aus Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen sind weiterhin die wichtigste Einnahmequelle der gesamten Partei und stabil. Sie umfassten im Jahr 2021 insgesamt rund 80,08 Mio. EUR. Im Jahr 2022 ist die Summe leicht auf 81,32 Mio. EUR gestiegen.

» siehe Anhang 1: Grafik Beiträge 2021

Die demografischen Realitäten erfordern ein beherztes organisationspolitisches Handeln

Trotzdem dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass die demografische Struktur unserer Partei in den kommenden Jahren zu einem signifikanten Rückgang unserer Mitgliederzahlen führen wird – mit den entsprechenden Konsequenzen für unsere zukünftigen Einnahmen in diesem gerade für die SPD so wichtigen Bereich.

Hier sind Kampagnen zur Mitgliederwerbung, zur besseren Mitgliederbetreuung oder auch ein professionelles „Rückholmanagement“ bei Austritten sehr wichtig. Denn diese Aktivitäten können den langfristigen Trend einer sinkenden Mitgliederzahl verlangsamen. Vollständig stoppen oder umkehren können sie diesen Trend aber nicht. Konsolidierung, Digitalisierung, gemeinsame Standards und Arbeitsprozesse müssen deshalb vorangebracht und dabei auch manche alten Zöpfe abgeschnitten werden.

Aus diesem Grund habe ich mich als Schatzmeister umfassend in der Organisationspolitischen Kommission engagiert und dort gemeinsam mit den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kolleg*innen Konzepte für eine organisationspolitische Modernisierung der SPD entwickelt, die in den organisationspolitischen Leitantrag zum diesjährigen ordentlichen Bundesparteitag eingeflossen sind.

Rücksicht auf das Portmonee der Mitglieder aufgrund der Krisen

Nicht unerwähnt bleiben soll hier auch der Umstand, dass der Parteivorstand auf meinen Vorschlag hin in den vergangenen drei Jahren zweimal auf die statutarisch möglichen Erhöhungen der Mitgliedsbeiträge verzichtet hat: 2021 wegen der Belastungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und 2023 wegen der aus dem russischen Angriffskrieg resultierenden hohen Energiepreise.

Einnahmen aus der staatlichen Teilfinanzierung – erfolgsabhängig und im Wettbewerb mit anderen Parteien

Auch wenn es jetzt zu einer sachgemäßen Anhebung der absoluten Obergrenze bei der staatlichen Parteienfinanzierung kommen sollte, gilt auch hier, dass die finanziellen Spielräume tendenziell eher enger werden. Wahlsiege mit 40 Prozent plus sind in einem Parteiensystem mit sechs oder sieben Parteien eher die Ausnahme. Die Stücke des Kuchens werden also kleiner, selbst wenn wir bei Wählerstimmen und Zuwendungen relativ stabil bleiben.

Einnahmen aus Spenden – Instrumentenmix zahlt sich aus

2021 haben wir auf Ebene des Parteivorstandes 2,4 Mio. EUR an Spenden eingeworben. Das war seit 2002 unser erfolgreichstes Spendenjahr auf Bundesebene. In beiden dieser Jahre haben wir am Ende der Kampagne den Bundeskanzler gestellt.

Nach der Bundestagswahl war dann im Folgejahr 2022 ein starker Rückgang bei den Spendeneinnahmen zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist typisch – nicht nur für die SPD.

Die Erfahrungen aus der Bundestagswahl 2021 stimmen uns dennoch optimistisch, unser „Spendenpotenzial“ zukünftig immer besser ausschöpfen zu können. Denn bei dieser Kampagne gelang es erstmals, die Spendenwerbung als integralen Bestandteil der Gesamtkommunikation der Partei zu etablieren. In enger Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen aus dem Kommunikationsbereich und anderen Referaten des Willy-Brandt-Hauses wurde dieser Ansatz fortgeführt, indem gezielt Kommunikationsanlässe identifiziert und dann für Spendenaktionen genutzt wurden.

Die Rekordhöhe der Spendeneinnahmen bei der letzten Bundestagswahl verdanken wir zum nominal größten Teil den Spenden, die wir auf klassischen Wegen initiieren konnten: Besonders mit dem Spendenbrief des Schatzmeisters konnten wir große Spendensummen einwerben, die wir durch die „üblichen“ Bankwege, also vor allem die Überweisung, erhalten haben. Dies gilt übrigens

FINANZBERICHT DES SCHATZMEISTERS

Bundesparteitag Berlin, 8. bis 10. Dezember 2023

ausnahmslos für die Spenden juristischer Personen. Wir haben auf diesen Wegen 2021 insgesamt ca. 2 Mio. EUR vereinnahmt.

Eine wachsende Bedeutung haben – im Bereich der natürlichen Personen – aber auch die sogenannten Online-Spenden: Während wir im Bundestagswahlkampf 2017 mit – erstmals umfangreicher eingesetzten – E-Mailings etwa 60.000 EUR online einwerben konnten, wurden mit deutlich erhöhter Mailingfrequenz im Wahljahr 2021 über 400.000 EUR erzielt. Deshalb hat der weitere Ausbau der Online-Spendenaktivitäten für uns eine hohe Priorität. Im Referat Fundraising werden wir deshalb nicht nur unsere Online-Aktivitäten im Spendenbereich ausbauen, sondern darüber hinaus mit der Einführung einer neuen Spendensoftware unsere Spendendaten schneller auswerten und so die Potenziale der Spendenarbeit optimieren können.

» siehe Anhang 2: Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen 1998–2021

Einnahmen aus Sponsoring – SPD als Vorreiterin für Transparenz

Hinsichtlich der Transparenz bei den Sponsoringeinnahmen ist die SPD vorbildlich und ihrer Zeit voraus. Was jetzt möglicherweise mit einem neuen Parteiengesetz der Standard für alle Parteien werden soll, praktizieren wir schon seit vielen Jahren. Wir veröffentlichen nicht nur Sponsoren und die jeweilige Sponsoringleistung, sondern achten mit einem Monitoring auf die Einhaltung der Transparenzvorgaben bei Parteivorstand, Landesverbänden, Bezirken, Unternehmensbereich und den Strömungen – alles dokumentiert in einem jährlichen internen Bericht des Schatzmeisters, der dem Parteivorstand vorgelegt wird.

» siehe Anhang 3: Sponsoringeinnahmen 2011–2022

Gute Entwicklung im SPD-Immobilienbereich

Die Neuaufstellung der Konzentration GmbH entwickelt sich weiter zu einer Erfolgsstory: Nachdem die Konzentration lange rote Zahlen schrieb, kann sie als wirtschaftlich stabiler Immobilienbereich – trotz gestiegener Zinsen und

Baukosten – weiterhin Ausschüttungen für den Betriebshaushalt des Parteivorstandes erwirtschaften.

» siehe Anhang 6: Der Immobilienbereich: Konzentration GmbH, Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH

Die ddvg als Motor für die Digitalisierung regionaler Tageszeitungen

Die in der ddvg gebündelten Medienbeteiligungen leisten ebenfalls seit vielen Jahren einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei und sichern zugleich die Existenz parteinaher Dienstleistungsunternehmen. Natürlich haben die Corona-Pandemie und insbesondere der Angriffskrieg Russlands den Druck auf die Erträge der Regionalverlage erheblich erhöht. Um so wichtiger ist die Rolle der ddvg als Innovationstreiberin, wenn es um die Digitalisierung der regionalen Tageszeitungen geht. Denn am Ende werden nur die regionalen Tageszeitungen überleben, die mit digitalen Produkten die notwendigen Erträge erwirtschaften können.

» siehe Anhang 7: ddvg

Der SPD-Unternehmensbereich als optimaler Dienstleister der SPD-Familie

Als Treuhänder des SPD-Unternehmensbereichs fördere ich die qualitative Verbesserung des Angebots der SPD-eigenen Unternehmen in den Bereichen Social Media, Podcast, Print, Give-aways, Eventmanagement, EDV und Buchhaltung: Meine Direktive lautet, die Angebote optimal auf die konkreten Bedürfnisse der Mitglieder und der Gliederungen vor Ort auszurichten. Investitionen in die Produkte und Dienstleistungen von Office Consult, ASK, vorwärts-Verlag und IMAGE müssen sich aber rentieren. Deshalb muss die Partei auf allen Ebenen bereit sein, verstärkt und verlässlich die Produkte und Dienstleistungen „aus der Familie“ zu nutzen.

Die Schatzmeisterei als Schrittmacher der Digitalisierung der Parteiarbeit

Auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2021 haben wir die Nutzung des digitalen Kassenbuchs in der Finanzordnung verankert. Dies war nur möglich, weil wir als Schatzmeisterei mit der Unterstützung der überwiegenden Mehrzahl der vielen tausend ehrenamtlichen Kassierer*innen und hauptamtlichen Finanzverantwortlichen unser Projekt der Webkasse konsequent umsetzen konnten.

Das digitale Kassenbuch erleichtert nicht nur den Kassierer*innen ihre ehrenamtliche Arbeit. Auch für unsere Hauptamtlichen führt die Nutzung zu deutlich geringeren Reibungsverlusten und ist weniger fehleranfällig. Das zeigt sich am Ende bei der Erstellung des Gesamtrechenschaftsberichts. Viele Fehler lassen sich dadurch vermeiden. Dabei ist diese Digitalisierung kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung dafür, auch zukünftig rechtskonforme Rechenschaftsberichte auf allen Ebenen erstellen zu können und dabei gleichzeitig ehrenamtlich und hauptamtlich tätige Genoss*innen bei administrativen Aufgaben zu entlasten.

Als ein weiteres erfolgreiches Projekt der Schatzmeisterei sei auch die digitale Beitragsquittung genannt. Sie schont Ressourcen und Finanzen und erhöht den Servicekomfort für unsere Mitglieder.

Mit Hochdruck wird daran gearbeitet, auch die Spendenquittierung zu erleichtern.

Finanzielle Solidarität

Strukturschwache Landesverbände und solche, die negative politische Brüche zu verkraften haben, werden durch Ausgleichsmechanismen des parteiinternen Finanzausgleichs materiell unterstützt.

» siehe Anhang 4: Parteiinterner Finanzausgleich, Verteilung der staatlichen Mittel in den Jahren 2021 und 2022

Ebenso erhalten seit 1990 die ostdeutschen Landesverbände eine Strukturhilfe, finanziert aus den Beiträgen der Mitglieder aller Bundesländer. Von jedem Mitgliedsbeitrag werden seither 0,26 EUR je Monatsbeitrag einbehalten. Die ostdeutschen Landesverbände erhielten im Berichtszeitraum 2021/2022 hieraus insgesamt 2,7 Mio. EUR, wobei 1,4 Mio. EUR auf das Jahr 2021 und 1,3 Mio. EUR auf das Jahr 2022 entfielen.

Unser solidarischer Weg zu einer modernen gemeinsamen IT-Infrastruktur als Wegweiser

Mit der Office Consult, dem Service Center und vielen engagierten Kolleg*innen aus dem WBH und den Landesverbänden und Bezirken entwickeln wir mittlerweile ganz konkrete Produkte für die Gliederungen in den Bereichen IT und Buchhaltung. Diese Investitionen im Bereich IT und Sicherheit, wie z. B. die neue digitale Antragssoftware, finanzieren wir aus dem Strukturfonds, sodass es für alle Landesverbände und Bezirke für ihre dortigen Einzahlungen zukünftig auch konkrete IT- und Buchhaltungsdienstleistungen als Gegenleistung gibt. Damit tragen wir als Schatzmeisterei dazu bei, die Ideen der AG Digitalisierung von Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken für eine gemeinsame bundesweite „digitale Service-Strategie“ umzusetzen.

2. Gemeinsames Handeln für den gemeinsamen Erfolg

Ich stelle mich als Schatzmeister wieder zur Wahl, weil ich dazu beitragen will, die SPD bis 2025 zur schlagkräftigsten Mitgliederpartei mit der modernsten Parteiorganisation zu machen.

Die in den letzten Jahren intensiviertere Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden, Bezirken und dem Parteivorstand hat maßgeblich zum Wahlerfolg 2021 beigetragen, neue Impulse für die Digitalisierung der Partei gesetzt und das Fundament für eine weiterhin flächendeckend starke SPD gelegt. Diese positive Entwicklung will ich als Schatzmeister weiter vorantreiben.

Für mich ist dabei völlig klar: Konsolidierung und Modernisierung müssen ineinandergreifen, um die finanzielle Basis der Partei abzusichern und zugleich die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Organizing-Arbeit zu schaffen. Gleichzeitig wollen wir unsere Fähigkeiten in punkto strategischer Kommunikation und Kampagne weiterentwickeln. Dafür haben Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke gemeinsam erste wichtige Reformen und Strukturveränderungen auf den Weg gebracht. Dort, wo wir die Prozesse bereits umgesetzt haben, konnten wir die haupt- und ehrenamtliche Parteiarbeit spürbar unterstützen. Diesen Weg verfolgen wir konsequent weiter.

Gemeinsam mit vielen Mitstreiter*innen im Willy-Brandt-Haus, in den Landesverbänden und Bezirken, im Service Center sowie in der Office Consult, bei ASK, vorwärts und IMAGE verfolge ich diese Ziele:

Die beiden zentralen organisationspolitischen Ziele

Zum einen wollen wir alle Verwaltungstätigkeiten in der Parteiorganisation standardisieren und zentralisieren, um vorhandene finanzielle und personelle Ressourcen besser für die aktivierende politische Arbeit zu nutzen. Und zum Zweiten entlasten wir Ehrenamt und Hauptamt in der Fläche von administrativer Arbeit, um so mehr Zeitreserven für die politische Arbeit und insbesondere die Arbeit vor Ort und mit den Menschen zu erhöhen.

Gemeinsame Standards und Arbeitsprozesse sind notwendig

Eine moderne und effiziente Parteiorganisation ist in Zeiten einer digitalen Demokratie wichtiger denn je. Aber gerade in den Bereichen Organizing, IT, Eventmanagement und Kommunikation sind sowohl die Kosten als auch die Qualitätsanforderungen besonders dynamisch gestiegen. Unter diesen gegebenen Umständen können wir Mitgliederverwaltung, Parteiorganisation und Kampagnenfähigkeit am besten über die Entwicklung und Implementierung einheitlicher Standards und Arbeitsprozesse modernisieren. Entscheidend sind dabei gemeinsam abgestimmte Investitionen und verbindliche Zielvereinbarungen zwischen Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken. Dabei kann es nicht um die Pflege von Einzelinteressen gehen, und auch Denkverbote bringen uns nicht nach vorn. Erfolge erzielen wir nur gemeinsam und nur mit der Bereitschaft, gegebenenfalls Kompetenzen neu zu verteilen und auch Gewohnheiten und lieb gewonnene Strukturen infrage zu stellen.

Gemeinsame Entwicklungsziele

Um die Parteiorganisation auf allen Ebenen modern und handlungsfähig aufzustellen, bedarf es nicht nur erheblicher Veränderungen und Investitionen, sondern auch einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken – beispielsweise indem diese in den folgenden Bereichen ein gemeinsames Entwicklungskonzept erarbeiten und dann auch Schritt für Schritt umsetzen:

- Mitgliederdatenbank und -verwaltung
- Finanzverwaltung und Buchhaltung
- Erstellung von Rechenschaftsberichten auf allen Ebenen
- Personalverwaltung und -entwicklung
- Organizing und ständige Kampagnenfähigkeit auf allen Ebenen
- Strategische Kommunikation, Koordinierung und Kooperation innerhalb der und zwischen den Gliederungen

Nur durch eine solche gemeinsame Vorgehensweise können wir sicherstellen, dass wichtige organisationsrelevante Dienstleistungen wie etwa Mailings, IT-basierte Anwendungen, IT-Sicherheit, Soft- und Hardware und die Mitgliederdatenbank zukünftig allen Gliederungsebenen effizient und unter Berücksichtigung der gleichen Standards zur Verfügung stehen.

Gemeinsame Investitionsplanung

Eine solche Professionalisierung und Modernisierung unserer Parteiorganisation erfordern hohe Investitionen über viele Jahre hinweg. Das kann keine Ebene allein stemmen. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass Bezirke, Landesverbände und Parteivorstand bis spätestens Ende 2024 die Eckpunkte einer gemeinsamen Investitionsplanung für die genannten Kernfähigkeiten – unter Berücksichtigung festgelegter Standards und Arbeitsstrukturen – entwickeln.

Den eigenen Unternehmensbereich besser nutzen

Die SPD besitzt – wie keine andere Partei – eigene Unternehmen und Service-Einrichtungen mit viel Potenzial für Dienstleistungen verschiedenster Art und Kampagnen. Gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden wird der Parteivorstand daraus ein Konzept entwickeln, das den eigenen Unternehmensbereich befähigen soll, passgenaue und hochwertige Produkte und Dienstleistungen für Mitglieder und die gesamte Parteiorganisation zu erarbeiten. Dabei geht es einerseits um die für die Parteiarbeit notwendigen Produkte und Dienstleistungen, andererseits um entsprechende Produkte und Dienstleistungen im Unternehmensbereich.

Die AGDS als Role Model für die Organisation der Erneuerung

Mit der Einrichtung der AG Digitale Strategie (AGDS) ist es im Bereich Digitalisierung und IT bereits gelungen,

ein effizientes Steuerungsgremium zu schaffen, in dem Haupt- und Ehrenamtliche aus Landesverbänden, Bezirken, Unternehmensbereich und dem Willy-Brandt-Haus gemeinsam Standards entwickeln, Investitionsentscheidungen abstimmen und nach Prioritäten Umsetzungsstrategien entwickeln. Auf dieser Grundlage soll die AGDS bis spätestens Ende 2024 eine gemeinsame „Digitalisierungsagenda“ mit Zielvereinbarungen zwischen Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken entwickeln, die dann für alle Beteiligten Gültigkeit hat.

Damit ist die AGDS für mich die Blaupause oder auch das Role Model dafür, wie wir zukünftig in einer solidarischen und professionellen Arbeitsstruktur auch in den anderen Bereichen der Parteiorganisation, wie Mitgliederdatenbank, Buchhaltung, Rechenschaftsberichte, Organizing und Campaigning unsere Zusammenarbeit organisieren müssen, wenn wir unser Ziel, die modernste Mitgliederpartei zu sein, erreichen wollen, so gemeinsam Wahlen gewinnen und die Funktionsfähigkeit der Partei auch langfristig gewährleisten zu können.

Eine zentral nach einheitlichen Standards organisierte Mitgliederdatenbank

Eine moderne Mitgliederdatenbank ist das Rückgrat jeder Parteiorganisation. Bis Ende 2025 soll es daher für alle Bezirke und Landesverbände einen verbindlichen Pfad geben, wie die Mitgliederverwaltung entweder zentral vom SPD Service Center erledigt oder alternativ nach einem gemeinsamen Standard in Zusammenarbeit mit dem Service Center organisiert wird. Dieser Prozess ist für die Handlungsfähigkeit der SPD essenziell. Folgende Punkte werden wir dabei berücksichtigen:

- Die Vereinbarkeit der Mitgliederdatenbank für bestehende und neue strategische Kommunikations- und Kampagnentools
- Eine klare Zuweisung der jeweiligen Rollen, Kompetenzen und Aufgaben zwischen Akteuren und Gliederungen inklusive der Zugriffsrechte auf Mitgliederdaten und (digitale) Werkzeuge
- Das Implementieren der dafür notwendigen Koordinierungs- und Steuerungsfähigkeiten im Willy-Brandt-Haus

Eine moderne Buchhaltung, die Finanzverantwortliche auf allen Ebenen entlastet

Wir wollen den wachsenden Herausforderungen für eine zuverlässige Buchhaltung und rechtssichere Rechenschaftsberichte nachkommen und gleichzeitig den Aufwand für die Finanzverantwortlichen in allen Gliederungen reduzieren. Deshalb entwickeln wir gemeinsam mit der Office Consult im Bereich Buchhaltung für Bezirke, Landesverbände und Parteivorstand eine Software und gemeinsame Standards, die wir ab dem Jahr 2026 durchgehend anwenden wollen. Solche einheitlichen Standards entlasten alle Beteiligten, ermöglichen eine bessere Kooperation (etwa bei Krankheitsvertretungen in den Landes- und Regionalbüros) und stellen gleichzeitig ein präziseres und schnelleres Controlling sicher.

Eine gemeinsame Infrastruktur für Strategie und Kampagnen

Es ist unser erklärtes Ziel, Wahlen zu gewinnen. Dazu bedarf es einer handlungsfähigen Partei, die mithilfe ansprechender Kampagnen Wählerinnen und Wähler von der SPD überzeugt und sie mobilisiert. Mit jedem Wahlkampf wollen wir die Professionalität unserer Kampagnen weiter steigern. In diesem Sinne halte ich es für notwendig, dass sich Bezirke, Landesverbände und Parteivorstand jetzt auf den Weg machen, in Zusammenarbeit mit ASK und IMAGE Schritt für Schritt einen Pool aufzubauen, in dem Hardware, Tools, Know-how, personelle Unterstützung und Consulting rund um die Themen Organizing und Campaigning dauerhaft als „Kampagne Infrastruktur“ allen Gliederungsebenen zur Verfügung stehen.

Eine solche „Kampagne Infrastruktur“ soll für die Gliederungen in allen Wahlkämpfen abrufbar sein und sicherstellen, dass moderne Kampagnen auch unter ganz unterschiedlichen Voraussetzungen möglich sind. Auf Grundlage der Ergebnisse einer Befragung seiner Funktionär*innen entwickelt der Parteivorstand gemeinsam mit dem Unternehmensbereich Produkte, Tools und Dienstleistungen, wie etwa einen „Wahlkampfplaner“.

Diese Angebote sollen modular nutzbar sein und die unterschiedlichen strukturellen und finanziellen Voraus-

setzungen der Gliederungen berücksichtigen. Durch eine enge Abstimmung mit dem Parteivorstand sowie den Landesverbänden und Bezirken schaffen wir so eine gemeinsame Grundlage in der Kampagnenführung und stärken unsere Sichtbarkeit durch ein einheitliches Auftreten.

Transformationsherausforderungen solidarisch meistern

Die skizzierten Entwicklungen wollen wir fortsetzen. Je nach Ausgangslage bringen diese Reformen für verschiedene Bezirke und Landesverbände in der Übergangszeit aber größere personelle und finanzielle Herausforderungen mit sich.

Die vor uns liegenden Transformationsherausforderungen können wir nur bewältigen, wenn wir sie solidarisch und im Bewusstsein der Bedürfnisse unserer Beschäftigten gestalten. Deshalb müssen Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke gemeinsam Modelle für eine solidarische Finanzierung der Transformation erarbeiten, die mit gemeinsamen Zielvereinbarungen abgesichert werden müssen.

Ebenso ist jetzt die Zeit gekommen, bestehende Finanzierungskonzepte und Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen Gliederungen im Sinne der Ressourceneffizienz weiterzuentwickeln. Die Schatzmeister*innen- und Kassierer*innen-Konferenz wird deshalb den bereits begonnenen Prozess einer Weiterentwicklung des Strukturfonds als Finanzierungsbasis für gemeinsame Strukturen in Bereichen wie IT, Buchhaltung oder Mitgliederverwaltung vorantreiben. Darüber hinaus werde ich als Schatzmeister der Schatzmeister*innen und Kassierer*innen-Konferenz konzeptionelle Vorschläge zur „Grundfinanzierung“ der „Brot & Butter“-Fähigkeiten über Beitragsanteile vorlegen.

Euer



Dietmar Nietan

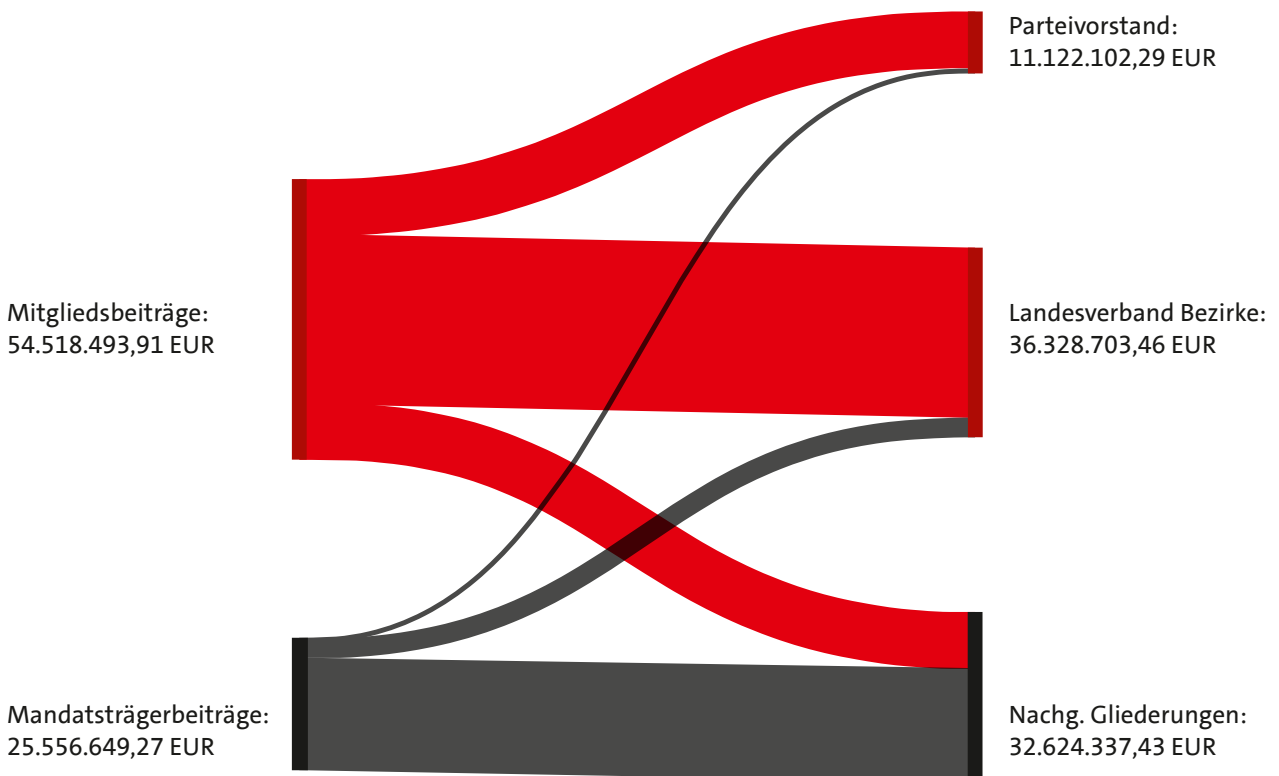
3. Anhang

Hinweis: Die Zahlen umfassen nur zum Teil die Entwicklungen bis zum Jahr 2022.

Der Gesamtrechenschaftsbericht für das Jahr 2022 wird erst Anfang 2024 als Drucksache veröffentlicht.
Die Rechenschaftslegung für das Jahr 2023 erfolgt in 2024 und wird 2025 veröffentlicht.

Anhang 1:

Grafik Beiträge 2021



FINANZBERICHT DES SCHATZMEISTERS

Bundesparteitag Berlin, 8. bis 10. Dezember 2023

Anhang 2:

Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen 1998–2021

der im Bundestag vertretenen Parteien 1998-2021

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	CDU/CSU	B90/Gr.	in %	FDP*	in %	Linke	in %	AfD	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16		
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43		
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33		
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05		
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12		
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91		
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51		
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92		
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24		
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89		
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96		
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56		
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	23.080	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52		
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	27.689	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73		
2012	10.507	6,94	18.200	13,28	5.666	16,36	23.866	3.929	10,24	5.864	17,20	1.924	6,47		
2013	14.960	9,10	30.805	20,29	14.639	30,74	45.444	4.980	12,41	10.902	32,71	2.571	9,32		
2014	15.108	9,34	25.920	17,62	13.623	29,13	39.543	4.747	11,97	7.804	28,95	2.289	8,43		
2015	9.826	6,27	19.809	13,75	5.968	10,11	25.777	4.193	10,48	7.155	27,74	1.903	6,81		
2016	11.097	7,08	22.174	15,32	6.524	16,78	28.698	5.135	12,14	7.449	27,43	1.657	7,45	5.994	38,41
2017	14.549	8,76	35.206	22,47	9.848	22,71	45.054	5.873	13,50	15.072	38,90	2.686	8,50	6.751	36,78
2018	9.404	5,45	17.983	11,59	10.338	22,79	28.321	4.267	9,99	5.983	16,73	1.964	5,93	5.199	18,26
2019	13.335	7,88	23.560	15,44	12.230	25,44	35.790	6.571	11,01	7.986	21,00	2.772	8,10	6.503	24,74
2020	11.662	7,25	26.736	17,69	12.790	27,25	39.526	6.575	9,96	6.327	17,14	2.418	7,18	4.698	19,11
2021	17.490	10,20	41.516	25,89	7.609	19,05	49.125	14.427	16,62	19.633	38,08	3.135	9,41	6.640	30,64
1998-2021	324.537		637.742		236.277		874.019	122.804		228.498		60.209		35.785	
Durchschnitt		8,33		18,22		23,57			14,41		29,89		10,12		27,99

Angaben in Tsd. Euro (gerundet)

in %: Anteil an den Gesamteinnahmen

Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

FDP*: Die Partei war zwischen und 2013 und 2017 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

Anteil der Spenden jur. Personen an den Gesamteinnahmen

der im Bundestag vertretenen Parteien 1998-2021

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP*	in %	Linke	in %	AfD	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29		
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32		
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12		
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31		
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24		
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13		
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21		
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16		
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14		
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09		
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43		
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65		
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08		
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10		
2012	1.951	1,29	6.050	4,41	2.601	6,82	520	1,36	1.636	4,80	34	0,12		
2013	2.905	1,77	10.744	7,11	6.080	12,77	697	1,74	3.699	11,10	85	0,31		
2014	2.532	1,57	7.910	5,38	3.891	8,32	657	1,66	1.967	7,30	25	0,13		
2015	1.796	1,15	6.389	4,46	2.190	3,71	580	1,45	1.880	7,29	2	0,01		
2016	2.103	1,34	7.048	4,87	2.563	6,59	702	1,66	1.909	7,03	2	0,27	185	1,19
2017	3.173	1,91	12.630	8,06	4.407	10,16	963	2,21	4.622	11,93	3	0,01	167	0,91
2018	1.519	0,88	4.971	3,37	4.592	10,12	657	1,36	1.680	4,70	2	0,01	75	0,26
2019	2.216	1,31	7.305	4,79	4.018	8,36	720	1,21	2.093	5,50	1	0,00	119	0,45
2020	1.949	1,21	8.750	5,79	3.612	7,05	692	1,05	1.309	3,55	2	0,01	36	0,15
2021	3.487	2,03	14.819	9,24	3.418	8,56	1.442	1,66	6.616	12,83	4	0,01	178	0,71
1998-2021	61.684		206.138		89.000		15.021		61.973		917		760	
Durchschnitt		1,58		5,86		8,86		1,75		7,85		0,17		0,61

Angaben in Tsd. Euro (gerundet)

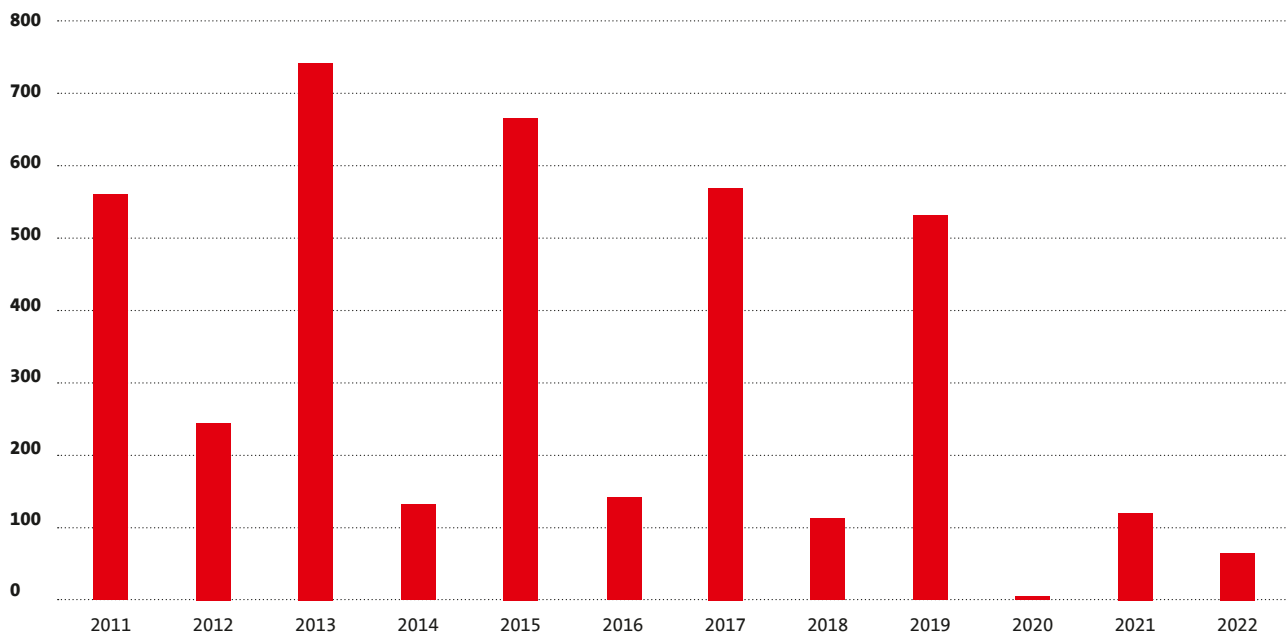
in %: Anteil an den Gesamteinnahmen

Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

FDP*: Die Partei war zwischen 2013 und 2017 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

Anhang 3:

Einnahmen des Parteivorstandes aus Sponsoring und Vermietung von Standflächen in Euro



Anhang 4:

**Parteiinterner Finanzausgleich,
Verteilung der staatlichen Mittel in den Jahren 2021 und 2022**

Gliederung	Endgültig beim jeweiligen Verband verbleibender Betrag	
	2021	2022
Parteivorstand	40.838.070,71 €	31.626.122,02 €
LV Schleswig Holstein	649.223,71 €	734.510,50 €
LV Mecklenburg-Vorpommern	271.672,62 €	288.143,69 €
LO Hamburg	416.225,02 €	455.407,64 €
LO Bremen	204.144,71 €	201.337,43 €
LV Niedersachsen	707.674,12 €	707.738,84 €
BZ Nord-Niedersachsen	172.719,15 €	154.503,64 €
BZ Weser-Ems	298.796,62 €	286.995,00 €
BZ Hannover	630.631,49 €	604.506,89 €
BZ Braunschweig	209.592,26 €	192.817,13 €
LV Sachsen-Anhalt	205.947,30 €	242.780,40 €
LV Brandenburg	398.082,54 €	201.337,43 €
LV Berlin	634.962,43 €	705.588,61 €
LV Nordrhein-Westfalen	3.999.061,64 €	4.453.935,83 €
LV Hessen	334.136,81 €	343.322,89 €
BZ Hessen-Nord	315.285,23 €	336.234,83 €
BZ Hessen-Süd	774.863,35 €	818.631,15 €
LV Thüringen	207.325,46 €	213.582,58 €
LV Sachsen	272.168,90 €	333.369,69 €
LV Saar	382.794,17 €	382.934,90 €
LV Rheinland-Pfalz	1.001.024,97 €	1.138.539,37 €
LV Baden-Württemberg	1.294.924,93 €	1.446.350,15 €
LV Bayern	1.890.814,85 €	1.883.862,56 €
Summe	56.110.142,99 €	47.752.553,17 €

FINANZBERICHT DES SCHATZMEISTERS

Bundesparteitag Berlin, 8. bis 10. Dezember 2023

Anhang 5:

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2021

	SPD		CDU		CSU	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Einnahmen						
Mitgliedsbeiträge	54.518.493,91	31,80	37.202.644,65	23,20	11.141.838,02	27,89
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	25.556.649,27	14,91	21.885.578,59	13,65	3.826.370,85	9,58
Spenden von nat. Pers.	14.003.796,26	8,17	26.696.767,25	16,65	4.191.127,52	10,49
Spenden von jur. Pers.	3.487.051,94	2,03	14.819.183,64	9,24	3.417.539,78	8,56
Einn. aus Unternehmenstätigkeit u. Beteiligungen	4.410.004,16	2,57	0,00	0,00	0,00	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	7.212.594,92	4,21	1.787.578,46	1,11	604.752,48	1,51
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	5.620.461,00	3,28	6.153.867,02	3,84	773.159,41	1,94
Staatliche Mittel	56.110.142,99	32,72	51.005.911,45	31,81	15.705.761,08	39,32
Sonstige Einnahmen	542.562,31	0,32	809.852,42	0,51	285.193,19	0,71
Gesamt	171.461.756,76	100,00	160.361.383,48	100,00	39.945.742,33	100,00
Ausgaben						
Personalausgaben	53.323.989,45	31,89	49.295.715,11	28,19	12.602.314,56	33,44
Lauf. Geschäftsbetrieb	28.790.917,09	17,22	26.862.658,41	15,36	6.152.030,72	16,32
Allg. politische Arbeit	21.539.577,86	12,88	23.235.687,73	13,29	7.794.756,39	20,68
Wahlkämpfe	55.314.485,38	33,08	73.219.124,65	41,87	10.399.731,72	27,60
Vermögensverw. einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	7.746.312,63	4,63	1.005.237,15	0,57	101.099,96	0,27
sonstige Zinsen	107.721,09	0,06	303.000,15	0,17	476.988,40	1,27
Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige Ausgaben	375.449,22	0,22	941.521,96	0,54	158.748,49	0,42
Gesamt	167.198.452,72	100,00	174.862.945,16	100,00	37.685.670,24	100,00
Überschuss/Defizit	4.263.304,04		-14.501.561,68		2.260.072,09	
Reinvermögen	267.818.779,65		221.382.432,65		43.444.156,84	

CDU/CSU		Grüne		Die Linke		FDP		AfD	
EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
48.344.482,67	24,14	22.505.110,69	25,93	10.845.508,71	32,55	10.744.791,25	20,84	4.183.885,49	16,79
25.711.949,44	12,84	16.949.711,02	19,53	5.535.506,05	16,61	3.439.293,69	6,67	2.454.399,03	9,85
30.887.894,77	15,42	12.984.117,45	14,96	3.131.399,92	9,40	13.017.450,21	25,25	6.463.027,27	25,93
18.236.723,42	9,10	1.442.941,29	1,66	3.578,00	0,01	6.615.633,01	12,83	177.637,66	0,71
0,00	0,00	84,48	0,00	0,00	0,00	55.222,60	0,11	21.680,38	0,09
2.392.330,94	1,19	131.120,61	0,15	79.011,10	0,24	315.210,31	0,61	25.497,97	0,10
6.927.026,43	3,46	491.555,10	0,57	50.629,69	0,15	1.161.676,61	2,25	37.934,40	0,15
66.711.672,53	33,30	30.092.465,94	34,68	12.598.257,49	37,80	16.033.499,25	31,10	11.002.878,01	44,14
1.095.045,61	0,55	2.179.612,56	2,51	1.080.549,62	3,24	175.694,02	0,34	558.627,22	2,24
200.307.125,81	100,00	86.776.719,14	100,00	33.324.440,58	100,00	51.558.470,95	100,00	24.925.567,43	100,00
61.898.029,67	29,12	30.151.636,28	32,65	13.264.560,91	35,68	6.806.883,78	13,17	4.802.211,88	14,06
33.014.689,13	15,53	12.041.237,67	13,04	5.449.056,97	14,66	9.428.430,38	18,25	4.982.116,88	14,59
31.030.444,12	14,60	7.291.703,95	7,89	5.284.850,25	14,21	7.772.806,86	15,04	5.542.592,24	16,23
83.618.856,37	39,34	42.620.344,96	46,15	13.012.854,57	35,00	25.183.465,60	48,73	15.535.941,45	45,48
1.106.337,11	0,52	70.913,68	0,08	11.555,48	0,03	82.694,41	0,16	3.054.595,29	8,94
779.988,55	0,37	2.225,82	0,00	53.824,17	0,14	299.930,57	0,58	12.349,57	0,04
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.100.270,45	0,52	183.704,25	0,20	102.989,94	0,28	2.102.528,27	4,07	228.166,06	0,67
212.548.615,40	100,00	92.361.766,61	100,00	37.179.692,29	100,00	51.676.739,87	100,00	34.157.973,37	100,00
-12.241.489,59		-5.585.047,47		-3.855.251,71		-118.268,92		-9.232.405,94	
264.826.589,49		66.924.585,41		41.489.225,19		23.453.016,61		23.376.249,28	

Anhang 6:

Der Immobilienbereich: Bericht der Konzentration GmbH und der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH

Grundbesitz hat in der Partei eine lange, teilweise über 100-jährige Tradition, unterbrochen nur durch gewaltsame Enteignungen, die die Irrwege der deutschen Geschichte widerspiegeln.

Heute befindet sich der Grundbesitz der Partei in den Händen der treuhänderischen Besitzgesellschaften Konzentration GmbH, VBB mbH und einiger kleinerer regionaler Gesellschaften, die Grund und Boden, Parteihäuser, ehemalige Verlagsgebäude und aktuell erworbene Renditeobjekte verwalten und entwickeln.

Der Besitz von Grund und Boden war und ist ein stabilisierender Faktor der Parteiorganisation, daneben aber auch Teil der Vermögensverwaltung der Partei. Das Eigentum an Immobilien stellt immer auch eine finanzielle „eiserne Reserve“ dar, die der Partei nicht nur in außergewöhnlichen Krisenzeiten helfen kann, sondern auch die Kreditwürdigkeit der Organisation ganz grundsätzlich positiv beeinflusst.

Auch wenn die verschiedenen Grundbesitzgesellschaften das grundbuchrechtliche Eigentum halten, bleibt der Parteivorstand der wirtschaftliche Eigentümer, abgesichert durch Treuhandverträge.

Die Konzentration GmbH als Obergesellschaft nimmt diese Eigentumsrechte des Parteivorstands in enger Abstimmung mit dem Schatzmeister, der Kontrollkommission und einem „freiwilligen Aufsichtsrat“ gemäß GmbH-Gesetz wahr.

Nachdem das Jahr 2021 durch die Corona-Pandemie mit allen wirtschaftlichen Verwerfungen geprägt war, 2022 der Ukraine-Krieg, eine stark beschleunigte Inflation und sehr rasche Zinserhöhungen folgten, blieb das in vielen Lebensbereichen nicht ohne tiefgreifende Folgen. Die Bau- und Immobilienwirtschaft wurde nach fast zwei Jahrzehnten des Booms ebenfalls heftig getroffen.

In diesem herausfordernden Umfeld hat sich die nachhaltige, solide und vorsichtig wirtschaftende Geschäfts-

politik der Konzentration GmbH, die nicht mit Immobilien spekuliert, besonders bewährt: Wir konnten – ohne Rücksicht auf nervöse Kapitalmärkte oder kurzfristige Profitmaximierung – mit zahlreichen Mieterinnen und Mietern, zumeist kleine Gewerbetreibende, vernünftige Vereinbarungen treffen, die beiden Seiten während der Corona-Zeit nützten. Sie trugen zur Stabilisierung des Geschäfts der Mieterinnen und Mieter (Gastronomie, Friseur, Einzelhandel usw.) und zur Stabilisierung unseres Geschäfts mit langfristigen, fairen und stabilen Mietverhältnissen bei.

Die Resilienz dieser Geschäftspolitik zeigte sich in den Krisenjahren 2021 und 2022, indem trotz aller äußeren Widrigkeiten wirtschaftliche Erfolge erreicht werden konnten: So wuchs das (schuldenfreie) Nettovermögen der Partei im Immobilienbereich von 46,07 Mio. EUR (2019) auf 51,3 Mio. EUR (2021). Zugleich wurde das Geschäft weiter ausgebaut: Der Umsatz betrug im Jahr 2019 ca. 5,9 Mio. EUR, im Jahr 2021 waren es 6,2 Mio. EUR.

Aktuell führen die stark steigenden Zinsen zu Verwerfungen auf den Märkten, es fehlt bei vielen Akteuren Eigenkapital, die Finanzierungshebel, die noch vor zwei Jahren allgemein als „unproblematisch“ galten, sind heute ein großes Problem. In den früheren Finanzberichten war entgegen der allgemeinen Sorglosigkeit am Immobilienmarkt mit Blick auf die Konzentration GmbH dagegen mehrfach von der notwendigen Reduzierung der Kredithebel im Immobilienportfolio die Rede. Diese Reduktion haben wir durchgeführt: Betrug die Zinsbelastung am Umsatz im Jahr 2012 bei der Konzentration GmbH noch 29 Prozent (d. h. von jedem eingenommenen Euro mussten 29 Cent für Zinsen aufgewendet werden – vor allen anderen Kosten), waren es 2021 nur noch gut 10 Prozent. Wir haben die Zeit sinkender Zinsen also nicht genutzt, um noch tiefer ins Risiko zu gehen, sondern, im Gegenteil, um Risiko zu reduzieren. Das gibt uns aktuell die „Luft“, auch weiter steigende Zinsen oder eine längere Phase mit erhöhten Zinsen nicht nur zu überstehen, sondern auch aktiv nach Chancen in einem derzeit sich rasch wandelnden Markt zu suchen.

Der Immobilienbereich (ohne Willy-Brandt-Haus) ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Das stellt neue Anforderungen an die interne Organisation und Arbeitsweise der Konzentration. Zugleich haben positive Erfahrungen aus der Corona-Zeit gezeigt, dass mit der Digitalisierung von zentralen Geschäftsprozessen nicht nur Produktivitätsreserven gehoben, sondern Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern variable Arbeitszeitmodelle, Homeoffice und mobiles Arbeiten angeboten werden können. Auch die mit der Digitalisierung verbundenen Fortbildungserfordernisse können ein motivierender Faktor zur Steigerung der individuellen Arbeitszufriedenheit und aus Unternehmenssicht ein Baustein sein, um Fachkräfte zu halten und zu gewinnen.

Ein weiterer Aspekt der zukünftigen Arbeit wird die energetische Ertüchtigung des Immobilienbestands sein, soweit das aufgrund rechtlicher (Denkmalschutz!) und wirtschaftlicher Gegebenheiten möglich sein wird. Hier wird auch die Partei investieren müssen, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren.

Bei der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH, die das Willy-Brandt-Haus verwaltet und betreibt sowie weitere Dienstleistungen für den Parteivorstand erbringt, stehen nicht die Gewinnoptimierung, sondern der Erhalt des Gebäudes auf einem ansprechenden baulichen und technischen Niveau und die weitere Reduzierung der Bankverbindlichkeiten aus der Bauphase im Vordergrund. Die um die Jahrtausendwende noch nicht getilgten Verbindlichkeiten/Baukosten von mehr als 56 Mio. EUR konnten bis Ende 2021 auf ca. 18,3 Mio. EUR reduziert werden. Mit dem Schatzmeister wurde eine langfristige Zielvereinbarung geschlossen, wonach die Kreditverbindlichkeiten bis zum 31.12.2031 auf unter 10 Mio. EUR zurückgeführt werden sollen. Damit soll gewährleistet werden, dass das Gebäude im Falle einer echten finanziellen Notlage der Partei als Sicherungsgut für ggf. erforderliche Darlehen („eiserne Reserve“) genutzt werden kann.

Dieses Ziel ist aus heutiger Sicht erreichbar, auch wenn die zwischenzeitlich deutlich gestiegenen Zinsen das Tempo voraussichtlich verlangsamen werden.

Anhang 7:

Bericht der ddivg (Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH)

I. Rückblick auf die Jahre 2021 und 2022

Die Jahre 2021 und 2022 waren auch für den SPD-Unternehmensbereich davon geprägt, dass auf die Herausforderungen der Corona-Pandemie mit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 sogleich eine neue ökonomische Krise heraufzog, die bis heute anhält.

Es bleibt im Berichtszeitraum dabei, dass die Erträge aus dem Kernportfolio (Regionalverlage) erheblich unter Druck sind. Insbesondere der Angriffskrieg Russlands hat in mehrfacher Weise ökonomisch belastend gewirkt: Es sind nicht nur Energie- und Papierpreise exorbitant gestiegen, sondern zugleich hat die Konjunkturertrübung bzw. Rezession zu einem starken Rückgang der Werbeerlöse geführt. Außerdem haben die steigenden Lebenshaltungskosten viele Haushalte zur Kündigung ihrer Zeitungsabonnements gedrängt.

Zugleich sind insbesondere die Kosten für die Zustellung der Printabonnements im Zuge der Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns nach oben geschnellt.

All dies hat den Zeitdruck für die Verlage verstärkt, die digitale Transformation zu forcieren und gleichzeitig für sich zu nutzen.

Beispielsweise hat die Madsack Mediengruppe (MMG) mit Investitionen in das RND (Redaktionsnetzwerk Deutschland) und die Publishing-Plattform „RND OnePlatform“ ein innovatives Angebot für die gesamte Branche geschaffen: Über OnePlatform können auch fremde Verlage für die Verbreitung ihrer eigenen lokalen Inhalte Technik und Know-how eines Großverlages nutzen, ohne ihre Eigenständigkeit aufgeben zu müssen. Mitte 2023 bestanden bei der MMG selbst bereits 210.000 digitale Abos (davon rund 100.000 E-Paper).

Um die Investitionen bewältigen zu können und zugleich den gestiegenen Kosten und sinkenden Umsätzen entgegenzuwirken, war auch in diesem Berichtszeitraum überall ein konzentriertes Kostenmanagement in den re-

gionalen Medienhäusern erforderlich. Einen wesentlichen Schritt im Portfolio der ddivg hierbei ist die Neue Westfälische (NW) gegangen, die den Druck ihrer Printausgabe zum 1. Juni 2021 fremdvergeben hat. Gerade angesichts der aktuell herrschenden Wirtschaftskrise hat sich dieser Schritt als richtig erwiesen – ohne ihn würden wichtige Mittel fehlen, die für den ambitionierten digitalen Entwicklungspfad der NW erforderlich sind. Derzeit verkauft die NW monatlich 27.000 E-Paper. Hinzu treten noch rund 9.000 Plus-Abos. Ende 2023 wird der Bestand an Digitalverkäufen bei der NW mehr als 40.000 betragen.

Die über die Zwischenholding Green Lifestyle GmbH gehaltenen Beteiligungen im Nachhaltigkeitssegment können sich in der Konjunkturkrise gut behaupten. Bei den Werbeumsätzen (Utopia) zeigt sich jedoch die starke ökonomische Abkühlung. Avocadostore konnte 2021 noch sehr erfreulich wachsen und Rekordumsätze vermelden. Mit der stark gestiegenen Inflation sind nun aber auch hier deutliche Rückläufe zu spüren. Die Umsätze liegen allerdings noch immer weit über denen vor der Corona-Krise. ÖKO-Test konnte nachhaltig die Verlustzone verlassen und hat wieder die Kraft, um sich für die digitale Zukunft zu rüsten. „ÖKO-Test“ als Marke ist nach wie vor Leitmedium in Sachen Verbraucherschutz.

Das Leistungsangebot der Servicegesellschaften wurde in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Beispielsweise hat sich die Agentur ASK als eine starke Einheit erwiesen, die die Partei von der lokalen Ebene bis zum Parteivorstand in Fragen von Kommunikation, Events und Kampagnen kompetent unterstützt und weiß, wie die Partei tickt. Office Consult entwickelt sich sowohl im Finanzbuchhaltungsbereich als auch im Hinblick auf die immer wichtiger werdenden IT-Fragen zum strategischen Partner des Parteivorstands und der Landesbände/Bezirke. Es zeigt sich aber auch hier, dass dies nicht ohne Investitionen insbesondere in Personal zu erreichen ist: Alleine die Personalkosten in diesem Feld sind von 2019 bis 2023 um rund 50 Prozent gestiegen.

Im Portfolio der ddiv insgesamt gab es nur wenige Änderungen: So wurde die verbliebene Beteiligung an dem Games-Publisher Tivola 2020/2021 an die schwedische JumpGate veräußert.

Die vorwärts Buchhandlung im Willy-Brandt-Haus hat mit der Schüren Media GmbH eine neue Hauptgesellschafterin, die den Betrieb dieser Institution fortführt.

Seit Mitte 2021 ist die Umweltbank AG als neue Partnerin (rund 27 Prozent) der Utopia GmbH an Bord. Die Partnerschaft entwickelt sich sehr erfreulich. Zuletzt wurde gemeinsam mit dem Mitgesellschafter entschieden, das Beratungsgeschäft von Utopia um das Feld der strategischen Nachhaltigkeitsberatung zu erweitern.

50 Jahre nach ihrer Gründung in Hamburg ist die ddiv 2021 in die Hauptstadt umgezogen.

Im zeitlichen Zusammenhang mit der Ortsveränderung wurde auch die innere Organisation der ddiv neu geordnet. Der Fokus des Unternehmens ist jetzt stärker auf das reine Portfoliomanagement ausgerichtet, während das Engagement in operativen Fragen einzelner Beteiligungen im Gegenzug stark reduziert wurde. Dementsprechend konnten innerhalb von zwei Jahren der Personalbestand neu ausgerichtet und die Personalkosten deutlich gesenkt werden.

Alles in allem ist es der ddiv trotz des schwieriger werdenden Marktumfeldes gelungen, stabile positive Ergebnisse zu erwirtschaften: Das Ergebnis der ddiv nach Steuern belief sich 2021 auf 7,95 Mio. EUR und 2022 auf 3,5 Mio. EUR. Zudem konnten die Schulden reduziert werden: Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind von -10 Mio. EUR (2020) auf 0 EUR (2022) gesunken.

II. Ausblick, Perspektiven, Herausforderungen für die weitere Arbeit ab 2023 – Unternehmensbereich

Entwicklungen in den Beteiligungsunternehmen der ddiv

Es ist absehbar, dass in naher Zukunft keine täglichen gedruckten Zeitungen mehr erscheinen werden. Bei funktionierenden digitalen Produkten entfallen dann die großen Kostenblöcke des Drucks und der Zustellung, die heute mehr als die Hälfte der Kosten eines idealtypischen Regionalverlags ausmachen. Dennoch bleibt es eine große Herausforderung, ausreichend digitalen Umsatz zu erzielen, um als rein digitales regionales Medienunternehmen wirtschaftlich arbeiten zu können.

Entsprechend ihrem strategischen Ansatz werden die Beteiligungen des Kernportfolios der ddiv dabei unterstützt, die jeweils eigene digitale Transformation voranzutreiben. Notwendige Voraussetzung dafür ist ein ausreichender Investitionsspielraum der betreffenden Unternehmen, der angesichts der weiterhin parallel zu finanzierenden Kosten des Printprodukts nicht ohne Weiteres zu erreichen ist. Die ddiv tritt als strategische und langfristige Anteilseignerin dafür ein, diesen Spielraum zu schaffen, auch wenn sich dies auf die aktuelle Ergebnissituation der ddiv auswirkt.

Die Verlage werden auch darin bestärkt, zukunftsichernde Kooperationen mit anderen Häusern einzugehen, um über gemeinsame Lösungen die Transformation mit dem notwendigen Aufwand und unter Bündelung der vorhandenen Kompetenzen angehen zu können.

Ziel ist es, aus den Verlagen funktionierende digitale Geschäftsmodelle rund um einen unabhängigen meinungsbildenden lokalen und regionalen Journalismus zu entwickeln. Dies ist nicht nur eine wirtschaftliche Zielsetzung, sondern ist auch unverzichtbar, um demokratische Teilhabe auf der kommunalen Ebene auch in Zukunft zu gewährleisten. Die kommenden Jahre werden hierfür entscheidend sein.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Tel. 030 / 2 59 91-0

Verantwortlich: Dietmar Nietan MdB
Erschienen: Dezember 2023

SPD.DE